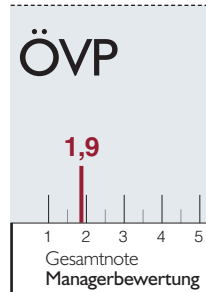
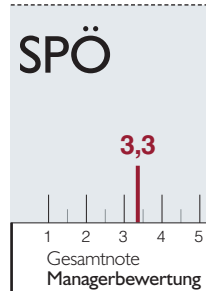


Frage 1: Thema Wettbewerb

„Unsere Grundthese ist: Fairer Wettbewerb ist das beste Mittel für niedrige Preise, aber auch Innovation und schlussendlich Wohlstand: Wie sehen Sie das Thema Wettbewerb, welche Rolle spielt hierbei der Staat und wo orten Sie noch Defizite in der Wettbewerbspolitik?“



Das Prinzip des Marktes, bei dem Angebot und Nachfrage einander regulieren, führt nur zu einem optimalen Allokationsergebnis, wenn Wettbewerb herrscht. Der Wettbewerb auf freien Märkten ist das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung jeden Wohlstands. In der jetzigen Zeit der hohen Inflation zeigt sich, dass es gerade in jenen Wirtschaftsbereichen, wo kaum oder gar kein Wettbewerb herrscht, zu den stärksten Teuerungen kam. Dem Staat kommt hierbei die zentrale Rolle zu, geeignete Rahmenbedingungen zu setzen, denn Wettbewerb ist kein naturgegebener Zustand sondern muss immer wieder „veranstaltet“ werden. Um mehr Wettbewerb in den sensiblen Bereich zu garantieren, sollen die Kompetenzen der Bundeswettbewerbsbehörde erweitert werden. Eine Eindämmung der Spekulationen auf Rohstoff- und Energiemärkten, die für die starke Teuerung mitverantwortlich sind, soll durch geeignete Maßnahmen auf europäischer Ebene erreicht werden.



Wettbewerbspolitik ist unserer Ansicht nach ein genuin sozialdemokratisches bzw gewerkschaftliches Anliegen: Nur wenn der Marktmechanismus funktionsfähig ist und nicht Macht und Einfluss ungleich verteilt sind, können Produktion und Verteilung zu gerechten Ergebnissen führen. Der staatlichen Ordnungspolitik kommt wesentliche Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Märkte zu: Formen von Marktversagen, die zu überhöhten Preisen, eingeschränkter Produktauswahl und geringer Qualität führen, sind zu korrigieren.

Institutionell ist für Österreich zu sagen, dass es eine funktionierende Aufteilung zwischen den einzelnen Institutionen gibt, wobei insbesondere das Kartellgericht in wettbewerbsrechtlichen Fragen sehr erfolgreich ist. Die dem Wirtschaftsministerium unterstehende Bundeswettbewerbsbehörde agiert hingegen weniger erfolgreich: Studien von IHS, WIFO und der Nationalbank belegen, dass ein erheblicher Anteil der stark angestiegenen Teuerung hausgemacht ist und die Bundeswettbewerbsbehörde früher klare Signale gegen Wettbewerbsbeeinträchtigungen setzen hätte müssen. Generell bedarf es schnellerer Verfahren und höherer Bußgelder.



Die ökonomischen Folgen des unfairen Wettbewerbs zeigen sich in vielen Ländern in Form steigender Arbeitslosigkeit, einer dramatischen Wachstums- und Nachfrageschwäche, unübersehbarer Tendenzen zur Einschränkung des Wettbewerbs zu Lasten der Konsumenten, einer bedenklichen Abnahme der Versorgungssicherheit, einem ständig stärkeren Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich mit teils großen Einbußen im Lebensstandard für breite Bevölkerungsschichten, im zunehmenden Aufkommen sozialer Ungleichheit sowie einer sich stetig verstärkenden Umverteilung von unten nach oben. Moderne (atypische bzw. prekäre) Arbeitsbeziehungen erinnern mittlerweile bereits auch im hoch qualifizierten Bereich teilweise an frühkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse des 19. Jahrhunderts. Die europäischen Volkswirtschaften konzentrieren sich zunehmend auf den Dienstleistungssektor und eine ausufernde, sich zusehends von den Bedingungen der Realwirtschaft abkoppelnde Finanzspekulation an den Börsen, während die produktive landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Basis unter den unfairen globalen Wettbewerbsbedingungen zusammenzubrechen droht. Durch die Marktkonzentration bekommen immer größere Konzerne immer mehr Einfluss auf die Politik, was sich in Form des verbreiteten Lobbyismus und der unverblümte Einflussnahme auf die Gesetzgebung besonders auf unionseuropäischer Ebene beobachten lässt. Dies gilt es Seitens des Staates zu unterbinden.

Es gilt, dass nur freier Wettbewerb eine faire Marktwirtschaft garantieren kann. Diese wiederum fördert die Leistungsbereitschaft und weckt die schöpferischen Kräfte.

LIF



Funktionierender Wettbewerb spielt aus liberaler Sicht eine zentrale Rolle für Wirtschaft und Gesellschaft. Wettbewerb führt dazu, dass Konsumenten von besseren Leistungen, niedrigeren Preisen und Innovation profitieren. Gleichzeitig ermöglicht eine Wettbewerbsordnung, dass Unternehmer ihr Angebot auf den Markt bringen können (bzw. Verbraucher wählen können) und sichert damit auch die Freiheit des Einzelnen. Damit Wettbewerb diese Funktionen erfüllen kann, sind Rahmenbedingungen durch den Staat notwendig. Diese beziehen sich einerseits auf die wettbewerblichen Spielregeln, die von Unternehmen eingehalten werden müssen, wie das Verbot unlauteren Wettbewerbs (zB. irreführende Angaben gegenüber Verbrauchern).

Auf der anderen Seite muss der Staat durch geeignete Regeln und Maßnahmen sicherstellen, dass der Wettbewerb in zentralen Bereichen nicht ausgeschaltet wird. Dazu zählen die Verfolgung von wettbewerbsbeschränkenden Absprachen und das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung. Diese führen dazu, dass Konsumenten die Vorteile des Wettbewerbs vorenthalten werden, was sich in auch in derzeit beobachtbaren höheren Preisen niederschlägt.

Eine konsequente Wettbewerbspolitik gehört daher zum liberalen Programm. Das Hauptproblem der Verwirklichung des Wettbewerbsprogramms stellen derzeit Bereiche dar, in denen der Wettbewerb nicht funktioniert (zB. der Elektrizitätsmarkt) oder der Wettbewerb durch hohe Unternehmenskonzentration eingeschränkt wird (zB. Lebensmitteleinzelhandel). Der Staat hat hier auch die Aufgabe für die Herstellung von Wettbewerb zu sorgen.

Voraussetzung dafür ist eine gestärkte Wettbewerbsaufsicht (einschließlich sektorspezifischer Behörden wie der E-Control). Die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) verfügt derzeit über zu wenige Mittel und damit Personal, um Wettbewerbsverstöße wirksam bekämpfen zu können. Eine Aufstockung erscheint dringend geboten. Gleichzeitig unterstützen wir Vorschläge für eine Aufwertung der Rolle der Wettbewerbsbehörde als Entscheidungsinstanz, die die Wettbewerbsaufsicht im internationalen Vergleich verbessern können.

Die Grünen



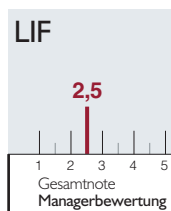
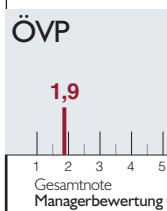
Um die Teuerung zu bekämpfen ist eine Stärkung des Wettbewerbs in der Nahrungsmittelindustrie, im Handel sowie insbesondere am heimischen Strom- und Gasmarkt notwendig. Besonders dringend ist ein hartes Durchgreifen der Bundeswettbewerbsbehörde gegen Preistreiberei im Lebensmittelhandel, aber auch bei den Benzinpreisen, um die kartellähnlichen Zustände abzustellen. Dazu ist es überfällig, im Rahmen einer Novelle des Wettbewerbsrechts die Instrumente der Bundeswettbewerbsbehörde zu schärfen und die Behörde personell besser auszurüsten. So soll die BWB nach dem Motto „blaming and shaming“ Preistreiber im Internet veröffentlichen und an den Pranger stellen. Der hausgemachte Anteil der Inflation kann anderenfalls nicht wirkungsvoll bekämpft werden.

BZÖ



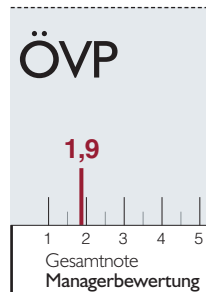
Das BZÖ teilt den Standpunkt, dass ein fairer Wettbewerb ein geeignetes Mittel für niedrige Preise, aber auch Innovation und schlussendlich Wohlstand ist. Diesbezüglich fordern wir eine Reform des Wettbewerbsrechts und Ausweitung der Befugnisse der Bundeswettbewerbsbehörde. Insbesondere sollen ihr in bestimmten Fällen Entscheidungsbefugnisse zugestanden werden. Zudem steht das BZÖ für die Einführung einer EU-weiten Spekulationssteuer. Mit einer solchen Transaktionssteuer auf Devisengeschäfte, Optionen, Derivaten und Aktien, soll die kurzfristige Spekulation eingedämmt werden und die Wechselkurse von Handelspapieren stärker die langfristigen realwirtschaftlichen Phänomene als die kurzfristigen spekulativen Erwartungen widerspiegeln. Durch diese Steuer wird damit dem zunehmenden Problem der Teuerung in den Bereichen Energie, Treibstoff und Lebensmittelpreise, die zu einem erheblichen Teil auf Spekulationsgeschäften beruhen, entgegengetreten.

Managerbewertung Frage 1: Ranking nach Gesamtnote



Frage 2: Thema Bildung

„Gute Bildung ist eine Grundvoraussetzung, damit sich die Menschen im Wettbewerb behaupten können. Wie sehen die drei Eckpunkte ihrer Schulpolitik aus?“



Für die ÖVP ist Bildung eine unverzichtbare Grundlage für die Entwicklung des einzelnen Menschen. Eine gute Ausbildung ist die wirkungsvollste Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, daher muss die Politik gerade im Bildungsbereich Rahmenbedingungen schaffen, die die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen erhält, und Bildung beginnt für uns schon mit dem Kindergarten. Wir bekennen uns zu Schulen, die Lern- und Lebensraum sind, denn Bildung beschränkt sich nicht auf die Weitergabe von Wissen. Es geht auch um das Vermitteln von Werten und sozialen Kompetenzen. Die drei Eckpunkte der ÖVP Schulpolitik sind:

- Freiheit zu wählen - jedes Kind soll diejenige Ausbildung erhalten, die seine Anlagen, Talente, Interessen und Neigungen am besten fördert.
- Differenziertes Schulsystem, das sich zu Qualität, Vielfalt, Durchlässigkeit und Leistung bekennt
- Mitbestimmung der Schulpartner/innen (Eltern, Lehrer/innen und Schüler/innen)•



Die SPÖ tritt für ein verpflichtendes und kostenloses Kindergartenjahr vor Schulantritt ein, der Kindergarten soll zum Bildungsgarten werden. Die Lust am Lernen muss von Anfang an gefördert und unterstützt werden. Die verpflichtende vorschulische Förderung im letzten Kinderjahr ermöglicht allen Kindern einen fairen Schulstart und soll in Zukunft gebührenfrei sein.

Wir wollen in bessere Bildung und kleinere Klassen investieren, dass ermöglicht mehr Zuwendung und individuelle Förderung für jedes Kind, sowohl Lernschwache als auch Begabte sollen davon profitieren. Mehr Zeit für jedes einzelne Kind ist das Ziel. Die Bildungsstandards werden die beste Qualität an unseren Schulen garantieren. Ganztägige Schulformen ermöglichen die Vereinbarkeit von Kind und Beruf für die Eltern und sie unterstützen die ganzheitliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. Ein sinnvoll abgestimmtes Angebot von Lernen, Wiederholen und Üben, sowie von freizeitpädagogischen Akzenten mit sportlichen, kreativen und musischen Aktivitäten stellt sicher, dass den Kinder mehr Zeit und Raum gewidmet wird.

Mit der Einführung der Berufsmatura bereits ab dem Schuljahr 2008/09 können Lehrlinge parallel zur Lehre kostenfrei ihre Matura machen. Damit wird die Lehre aufgewertet. Denn Lehrlinge haben als Facharbeitskräfte einen zentralen Anteil an der Sicherung des Wohlstands und sind ein ganz besonders Anliegen.



Unsere Eckpunkte sind:

- Hauptschule und AHS Unterstufe 5-jährig Hauptschule mit 2 Leistungsstufen, Übertritt von der HS in die AHS Oberstufe nur mit entsprechendem Notendurchschnitt, Übertritt von HS und AHS in die BHS nur mit entsprechendem Notendurchschnitt
- Schaffung eines einjährigen Aufbaulehrgangs im Übertritt von Hauptschule in Oberstufe der AHS bzw. BHS für Schüler mit unzureichendem Notendurchschnitt
- Oberstufe 3 Jahre; BHS 3½ Jahre
- Bekenntnis zur ziffermäßigen Schulnote (1 – 5)
- Notenvergabe nach zentral vorgegebenen Leistungs- und Bildungsstandards
- Wiedereinführung der Beurteilung der äußeren Form der Arbeiten in der Pflichtschule
- Verpflichtende Verhaltensregeln mit entsprechenden Konsequenzen
- Klassenschülerhöchstzahl 25 durchgängig im Unterrichtswesen – Umsetzung sofort
- maximal 30% Anteil Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache
- Beibehaltung des differenzierten Schulsystems
- Förderung von Privatschulen - Gleichstellung mit den konfessionellen Privatschulen
- Schaffung eines Bundesgesetzes für die Akkreditierung von Bildungseinrichtungen des primären und sekundären Privatschulbereiches (Schulakkreditierungsgesetz)
- BHS sind weiter zu entwickeln und haben verpflichtend FHS mit zumindest Baccalaureatsabschluss anzubieten.
- Abschaffung der BMS durch Aufwertung zu BHS, Polytechnische Lehrgänge gehen in den HS auf
- Zielbildungseinrichtung entscheidet über die Zulassungsvoraussetzungen im Rahmen gesetzlicher Vorgaben
- Zentralmatura nach Leistungs- und Bildungsstandards Max. 40% Modulares System in der Oberstufe (7. und 8. Klasse AHS bzw. 2. und 3. Klasse BHS);

LIF



1. Startposition fair gestalten

Im frühen Alter sind Kinder immens lernfähig. Neben dem, auf freiwillige Nutzung ausgerichteten Angebot von Kindergärten und Krabbelstuben treten wir Liberale daher für eine Ausweitung der Bildungszeit ein, für ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr, das 5-jährige in spielerischer Art und Weise sprachlich und sozial fördert, auf Schule vorbereitet und bestehende Defizite ausgleicht.

2. Gesamtschule und innere statt äußerer Differenzierung

Kinder entwickeln sich nicht linear. Die Entscheidung zwischen Hauptschule oder AHS und zusätzlich zwischen mehreren Unterrichtsschwerpunkten, etwa Naturwissenschaften, Sport, Sprachen etc., muss derzeit zu einem Zeitpunkt getroffen werden, zu dem die individuellen Talente häufig noch nicht erkennbar bzw. noch im Wandel begriffen sind. Es ist nach unserer Auffassung fair, alle Kinder bis 14 gemeinsam zu unterrichten aber individualisiert zu fördern.

Zusätzlich ist es der persönlichen Entwicklung dienlich, Kinder mit unterschiedlichsten Lehrinhalten und, hinsichtlich Herkunft, Interessen, Leistungsniveaus unterschiedlichsten MitschülerInnen in Kontakt zu bringen.

3. Schulqualität durch Wettbewerb weiter entwickeln

Wettbewerb braucht zum einen Anbieter, die ihr Angebot beeinflussen können. Wir setzen uns daher für eine Erweiterung der Kompetenzen, insbesondere in Personal- bzw. Entlohnungsfragen der Schulleitungen ein. Zum anderen braucht Wettbewerb handlungs-/entscheidungsfähige Kunden, die wir in Eltern und deren Kinder sehen. Wir fordern daher die Möglichkeit der freien Schulwahl über Sprengelgrenzen hinweg und Transparenz in Form von öffentlich einsehbaren Kennzahlen, um zwischen mehreren, von Schultyp und Unterrichtsschwerpunkt her gleichen Schulen seriös entscheiden zu können.

Die Grünen



Wir Grüne sehen daher Bildungspolitik aus einer ganzheitlichen Perspektive, in der die Persönlichkeitsentwicklung eine zentrale Rolle spielt. Sie soll Kreativität, die Fähigkeit zur Reflexion, Kritikfähigkeit, soziale Kompetenzen, soziale und ökologische Verantwortung fördern. Eine fundierte Ausbildung, muss die raschen Veränderungen in der Berufswelt berücksichtigen und wahrnehmen, da oft noch nicht abschätzbar ist, welche Anforderungen in den beruflichen Lebensläufen gestellt werden. Wirtschaftliche Abhängigkeiten werden verringert, wenn die Menschen im Sinne einer selbstbestimmten Gestaltung des Lebens befähigt werden, darauf zu reagieren. Bildung als lebenslanges Lernen bedeutet aber auch, Möglichkeiten und Anreize dafür zu schaffen, dass die "Generation 55+" lernend ihre geistige Mobilität und kreative Fähigkeiten erhält und stärkt. Finanziell schwächere Gruppen müssen gefördert werden, um soziale Ungleichheiten zu reduzieren. Schul- und Studiengebühren lehnen die Grünen ab, weil sie den Zugang einkommensschwächerer Schichten zu Bildungseinrichtungen erschweren.

Drei (4) Eckpunkte:

Gemeinsame Schule – Integration der Polytechnischen Schulen

Statt der frühzeitigen Trennung in Hauptschule und AHS-Unterstufe, durch die soziale Unterschiede verstärkt werden, sieht das Grüne Schulmodell eine Gemeinsame Schule der 6- bis 15-jährigen SchülerInnen vor. Die gemeinsame Schule zeichnet sich durch ein hohes Maß an individuellen Fördermöglichkeiten aus, von denen die „Schwächeren“ und „Stärkeren“ gleichermaßen profitieren.

Ganztagsschulen – ganztägige Betreuungsangebote an Schulen

An ganztägigen Schulformen kann der Tagesablauf kindgerecht gestaltet und durch abwechselnde Lern-, Bewegungs- und Erholungsphasen aufgelockert werden. Pädagogische Betreuung und Förderunterricht machen Hausaufgaben überflüssig. Nach der Schule bleibt dadurch genügend Zeit für Familie, Hobbys und Freunde. Überall dort wo keine Ganztagsschulen angeboten werden können soll ein Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung den Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie garantieren.

Begabungsförderung, Berufsorientierung, Bildungsberatung, Empowerment

Durch Begabungsförderung und Berufsorientierung sollen Jugendliche ermächtigt werden die für sie individuell richtige Ausbildungsentscheidung zu treffen. Dazu müssen sie ihre Stärken und Interessen genau kennen. Das Schulsystem muss also dahingehend umgestaltet werden, dass nicht mehr nur Defizite dokumentiert und ausgeglichen werden, sondern Begabungen aktiv gefördert und SchülerInnen in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden.

BZÖ



Bildung beginnt bereits im Kindergarten, die Ausbildung der KindergartenpädagogInnen muss aufgewertet werden. Ein verpflichtendes, kostenloses letztes Kindergartenjahr dient als Vorbereitung für die Volksschule. Eine gemeinsame Schule der 6 - 15-jährigen kann als Alternative zum bestehenden Schulsystem die individuelle Leistungs- und Persönlichkeitsentwicklung der SchülerInnen in den Mittelpunkt stellen. Der Anteil von Schülern nichtdeutscher Muttersprache darf maximal 30% betragen um einen effizienten Unterricht zu gewährleisten. Bereits in der 8. und 9. Schulstufe sollte auf die Thematik Berufs- und Begabungsorientierung verstärkt eingegangen werden. Oberstes Ziel muss eine Vereinfachung der Schulverwaltung, eine klare Trennung der Zuständigkeit von Bund und Ländern sein. Allen Lehrlinge, die eine Berufsreifeprüfung („Lehre mit Matura“, als Kärntner Pilotprojekt bereits seit 2003) ablegen möchten, sollte man das kostenlos ermöglichen, um einem Facharbeitermangel entgegenzuwirken. Das Lehrpersonal sollte auch schulübergreifend eingesetzt werden können und in der Ferienzeit verpflichtend Nachhilfe geben (Dienstrechtsnovellierung). So kann die finanzielle Belastung für Familien durch teure Nachhilfe verringert werden. Die Eignung zum Lehrberuf sollte neben fachlichen Kompetenzen auch die pädagogischen betreffend und dementsprechend in der Ausbildung verstärkt berücksichtigt werden.

Managerbewertung Frage 2: Ranking nach Gesamtnote

ÖVP



SPÖ



LIF



BZÖ



FPÖ



Die Grünen



Frage 3: Thema Zuwanderung

„Der Mangel an Fachkräften ist seit geraumer Zeit ein Problem. Unserer Meinung nach ist Bildung der eine Schlüssel, Zuwanderung der andere. Der management club tritt für ein Zuwanderungsmodell á la Kanada ein, das qualifizierten Zuzug aufgrund klarer und transparenter Kriterien fördert. Wie sehen ihre Vorstellungen zur Zuwanderungspolitik aus?“

ÖVP



Zuwanderung betrifft alle, die in unser Land kommen, weil sie es gerne wollen – aus welchen Gründen auch immer, aber nicht weil sie von zu Hause flüchten müssen. Wir brauchen Menschen, die bei uns arbeiten wollen und stehen daher für eine bedarfsorientierte Zuwanderung. Wir definieren, wie viele Menschen mit welcher Qualifikation in Österreich gebraucht werden (z.B. Schlüsselarbeitskräfte, Wissenschaftler, Facharbeiter). Hier ist vor allem auch die Wirtschaft die treibende Kraft für diese bedarfsorientierte Zuwanderung. Zentral dabei ist, dass wir jene ins Land holen, die wir brauchen und den Arbeitsmarkt dort schützen, wo Schutz notwendig ist, vor allem bei Hilfskräften.

SPÖ



Auch die SPÖ tritt für ein Zuwanderungsmodell mit klaren Kriterien ein. Die Umsetzbarkeit dieser Forderung scheiterte auch am Koalitionspartner, der das Saisonmodell bevorzugte. Die SPÖ schlägt daher vor, am Beginn der neuen Gesetzgebungsperiode eine Zuwanderungskommission einzusetzen, die den Bedarf der Zuwanderung feststellt und dann klare Kriterien für die Zuwanderung definiert.

FPÖ



Unser Vorstellung sind:

- Sofortiger Stopp der unkontrollierten Zuwanderung;
- Sofortiger Stopp der für Österreich kostspieligen Zuwanderung in das österreichische Sozialsystem;
- Sofortiger Stopp der ausufernden Familienzusammenführung;
- Die FPÖ bekennt sich zur Schaffung einer Fremdenpolizei nach Schweizer Vorbild. Diese Einheit muss über entsprechende Sprachkenntnisse verfügen und ist mit anderen Abteilungen effektiv zu vernetzen.
- Schaffung eines eigenen Staatssekretärs, direkt dem Bundeskanzler unterstellt, der sich nur mit der Asyl- und Fremdenrechtssproblematik, der Integration und der Rückführung von Ausländern befasst;
- Sofortige Abschiebung straffälliger Ausländer nach Verbüßen der Haftstrafe

LIF



Wir treten für eine Initiierung von Maßnahmen auf EU-Ebene zur koordinierten Lenkung der Migrationsströme ein, Vergabe von Arbeitsbewilligungen im EU-Raum (Blue Card) sowie für Hilfestellung in den Herkunftsländern zur Beseitigung der wirtschaftlichen und politischen Ursachen von Auswanderungsbestrebungen.

Außerdem fordern wir die Erarbeitung eines schlüssigen Gesamtkonzept für die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte; Keine Verlängerung der Übergangsbestimmungen bis 2009 für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern; Umfassendes Integrationsmanagement mit einem eigenständigen Staatssekretariat für Integration und Migration.

Die Grünen

3,2



Die Grünen sind gegen die Verlängerung der Übergangsfristen mit den neuen EU-Staaten auf 2011. Sie fördert neben Schwarzarbeit einen rasanten Anstieg von „Scheinselbständigen“, die in Wirklichkeit unselbständig erwerbstätig sind, jedoch nicht dem Schutz durch Kollektivverträge, dem System sozialer Sicherheit usw. unterliegen. Gleichzeitig mit dem Auslaufen 2009 muss in einem flankierenden Maßnahmenpaket dafür Sorge getragen werden, dass negative Auswirkungen auf bereits hier Beschäftigte ausgeschlossen werden. Das grüne Einwanderungsmodell würde Österreich im gesamten offener machen und der Bevölkerung zeigen, dass EinwanderInnen viele Potentiale mitbringen. Es würde, abweichend von der aktuellen Politik, Einwanderung zu Erwerbszwecken überhaupt wieder ermöglichen. Im Rahmen eines Punktesystems können sich Personen um eine Einwanderung nach Österreich bewerben. Faktoren wie Ausbildung, Berufserfahrung, Sprache sind dabei wesentliche Kriterien. EinwanderInnen werden EU-BürgerInnen an Rechten und Pflichten gleichgestellt. Auch das ist für die Integration unerlässlich. Den derzeitigen „Trend“ in Richtung zirkuläre Migration geht, also zu einem „Gastarbeitersystem“ und nicht in Richtung Zuwanderung auf Dauer, ausgestattet mit sozialen Rechten lehnen wir ab.

BZÖ

3,3



Für das BZÖ gilt: Österreich den Österreichern! Daher: Strenge Zuwanderungspolitik! Österreich soll und muss das Recht haben, sich seine Zuwanderer selbst auszusuchen. Auch das BZÖ tritt für ein Zuwanderungsmodell nach kanadischem Vorbild ein. Eine Green Card mittels strengem Punktesystem sichert, dass nur der Zuwanderer nach Österreich kommt, den Österreich auch braucht und der nicht unserem Sozialsystem auf der Tasche liegt.

Managerbewertung Frage 3: Ranking nach Gesamtnote

ÖVP

2,1



LIF

3,0



Die Grünen

3,2



SPÖ

3,2



BZÖ

3,3



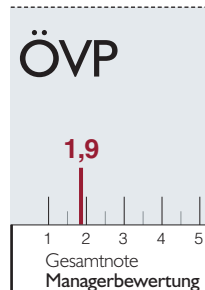
FPÖ

3,6



Frage 4: Thema Steuern

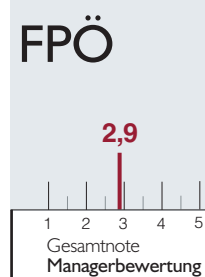
„Ein Einstiegssteuersatz von 38% , ein Spitzensteuersatz von 50% und die Tatsache, dass 7,5% rund 45% des Lohnsteueraufkommens schultern, demotivieren unserer Meinung nach mehr Leistung, mehr Engagement und Weiterbildung. Welche Maßnahmen im Bereich der Steuerpolitik planen Sie, damit sich Leistung wieder rentiert?“



Alle Personen, die derzeit Steuer bezahlen (rund 2,55 Mio. Arbeitnehmer und Pensionisten unterliegen schon derzeit nicht mehr der Steuerpflicht) müssen entlastet werden. Das heißt alle arbeitenden Menschen in Österreich, egal ob Angestellte, Selbständige, Freiberufler/innen, freie Dienstnehmer/innen oder Gewerbetreibende etc. Dabei darf es keine Verlierer/innen geben. Es kann nicht sein, dass Entlastungen für eine Personengruppe durch zusätzliche Belastungen anderer Gruppen erkauf werden. Ohne Leistungsträger wäre unser Wohlstand nicht finanzierbar. Zentrale Eckpunkte unserer Steuerpolitik beinhalten eine Entlastung von Familien mit Kindern, des Mittelstandes und der Unternehmer/innen, denn diese Menschen sind das Rückgrad unserer Gesellschaft.



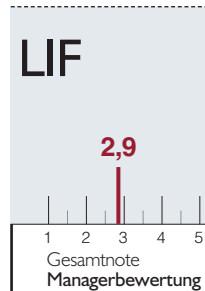
Eine vorgezogene Steuerreform zum ehest möglichen Zeitpunkt ist angesichts des schwächer werdenden Wirtschaftswachstums und der Rekordinflation notwendig, damit die Kaufkraft der BezieherInnen kleiner Einkommen nicht völlig einbricht. Mit einer vorgezogenen Steuerreform nutzt man das gute Steueraufkommen aus der Hochkonjunkturphase, bekämpft rechtzeitig die bevorstehende Abschwächung der Wirtschaftsentwicklung und setzt eine wirksame Maßnahme gegen die Folgen der Teuerung. Ziel der von der SPÖ geforderten Steuerreform ist, dass vor allem die BezieherInnen kleiner Einkommen und der Mittelstand entlastet werden. Die hohen Lebensmittel- und Energiepreise stellen ein großes Problem für viele Menschen dar und belasten insbesondere die kleinen und mittleren Einkommen. Für sie fordern wir niedrigere Lohnsteuertarife und eine deutliche Senkung des mit 38,3 % derzeit sehr hohen Eingangssteuersatzes. Wir müssen jetzt handeln, weil die Reallöhne zu sinken beginnen: Das monatliche Nettoeinkommen wird heuer um 2,1% steigen. Berücksichtigt man noch die Effekte der Inflation von 3,5% (WIFO-Prognose), so sinkt der Nettolohn heuer real um 1,4%. Daher hat für uns die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen absolute Priorität. Die SPÖ will, dass die Steuer- und Abgabenlast fair verteilt wird und fordert daher eine so schnell wie möglich umzusetzende Steuerreform, die eine Entlastung von durchschnittlich 500 Euro pro Jahr bringt.



Eine wirksame Entlastung der Lohnsteuerzahler muss die Lohnsteuerquote der Arbeitnehmer von dem ohne Reform für 2010 zu erwartenden Wert von ca. 17,5% wieder auf einen Wert von etwa 12% reduzieren, wie im Durchschnitt der Jahre 1980 – 1994 (vor dem EU-Beitritt). Dazu ist eine Lohnsteuerentlastung von insgesamt etwa 7 Mrd. Euro notwendig. Diese Entlastung sollte vorrangig verwendet werden für:

- Eine Senkung des Eingangssteuersatzes von derzeit 38,4% auf höchstens 32%
- Erhöhung der Grenzen für den Beginn der Tarifstufen 43% und 50% möglichst auf die Werte von 1989
- Berücksichtigung der Familiengröße bei der Lohnsteuer durch Einführung eines Familiensplitting zumindest für Familien mit mindestens 2 familienbeihilfeberechtigten Kindern (Kosten ca. 2 – 3 Mrd. Euro)

Damit die Steuersenkung nachhaltig wirksam bleibt, müssen automatischen jährlichen Steuererhöhungen durch die sog. kalte Progression beseitigt werden. Dazu ist es nur notwendig, die Grenzen für die Tarifstufen (also 4 oder 5 Zahlen) jährlich an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex anzupassen.



Die liberale Steuerreform sieht eine Anhebung der derzeitigen Steuerprogressionsstufen von dzt. 10.000 / 25.000 / 51.000 Euro auf 15.000 / 35.000 / 80.000 Euro vor. Damit würde endlich seit über 20 Jahren eine Valorisierung der Steuerbelastung eintreten. Daneben sorgt eine umfangreiches Maßnahmenpaket für eine faire Berücksichtigung sämtlicher momentaner Unverhältnismäßigkeiten.

Die Grünen

3,3



WIFO und OECD bestätigen die Grüne Kritik an Abgabenstruktur. Die Arbeit wird in Österreich zu hoch, Vermögen und Umwelt zu niedrig besteuert. Um der Leistungsfeindlichkeit des bestehenden Einkommenssteuersystems entgegenzuwirken, soll der Eingangsteuersatz von derzeit 38% auf mindestens 33% gesenkt werden. Die Abschaffung der kalten Progression sowie eine laufende Dynamisierung der Steuerstufen im Ausmaß der Gehaltssteigerungen soll erfolgen. Die Jahresbemessungsgrundlage ab der der Spitzensteuersatz gilt, soll von derzeit 51.000 Euro auf 71.000 Euro Jahresbemessungsgrundlage angehoben werden. Dieses Konzept gilt sowohl für Selbstständige als auch für Unselbstständige. Die Vermögenszuwachssteuer, die im Übrigen auch in Österreich keine völlig neue Steuer ist, ist aus grüner Sicht jedenfalls sinnvoll, um eine Entlastung für die unteren und mittleren Einkommen mitfinanzieren zu können. Zudem gilt auch für Selbstständige: Leistungseinkommen und Gewinne aus Unternehmertätigkeit darf in steuerlicher Hinsicht nicht derart krass gegenüber bloßem Besitz von Aktien, Immobilien etc. benachteiligt werden, wie es derzeit der Fall ist. Zur Aufhebung dieser Ungerechtigkeit leistet die Vermögenszuwachssteuer einen Beitrag.

BZÖ

2,7



Leistung in Österreich muss sich lohnen. Das BZÖ will durch eine umfassende Steuerreform die Steuerquote bis 2010 unter 38% senken. Als steuerliche Sofortmaßnahme fordert das BZÖ, die Steuertarifgrenzen anzuheben, so dass bei einem 23prozentigen Steuersatz die Einkommensgrenze auf 35.000 Euro, bei 33,5% Steuersatz auf 75.000 Euro angehoben wird und erst ab 75.000 Euro der Höchststeuersatz von 50% angewendet wird. Das würde bedeuten, dass 1,6 Millionen Einkommensbezieher mit einem Betrag von durchschnittlich 765 Euro pro Jahr entlastet werden. Als langfristige steuerliche Maßnahme fordert das BZÖ die Einführung der „Flat Tax“, also einen einheitlichen Steuersatz mit hohem Freibetrag. Darüber hinaus soll die steuerliche Situation des Mittelstandes durch die Schaffung der Rechtsformneutralität verbessert werden. Unabhängig von der Rechtsform, d.h. egal ob in Form einer Kapitalgesellschaft oder einer Personengesellschaft geführt, sollen alle Unternehmen mit einem einheitlichen Steuersatz von 25% besteuert werden, was angesichts unterschiedlicher Tarifsysteime bei Einkommens- und Körperschaftsteuer dadurch erreicht werden soll, dass einkommenssteuerpflichtigen Unternehmen die Möglichkeit geboten wird, sich auch nach den Vorschriften für Körperschaften besteuern zu lassen. Weiters hält das BZÖ steuerliche Eigenkapitalstärkungen und Erleichterungen bei der Rechtsnachfolge für notwendig. Insgesamt bedeutet die Umsetzung der BZÖ-Vorschläge eine massive Entlastung der Bürger und der Unternehmen (insbesondere auch der KMU's) sowie eine radikale Vereinfachung des Steuersystems.

Managerbewertung Frage 4: Ranking nach Gesamtnote

ÖVP

1,9



BZÖ

2,7



LIF

2,9



FPÖ

2,9



Die Grünen

3,3



SPÖ

3,5

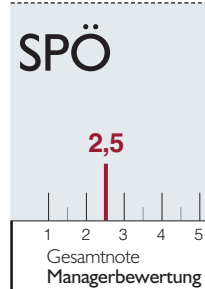


Frage 5: Thema Managergehälter

„Wie stehen Sie zum Thema Managergehälter? Sind Sie der Meinung, dass es hierzu staatliche Regulierung braucht?“



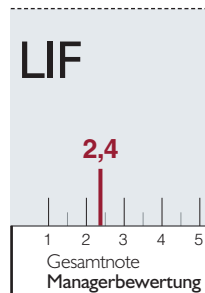
Alle Personen, die derzeit Steuer bezahlen (rund 2,55 Mio. Arbeitnehmer und Pensionisten unterliegen schon derzeit nicht mehr der Steuerpflicht) müssen entlastet werden. Das heißt alle arbeitenden Menschen in Österreich, egal ob Angestellte, Selbständige, Freiberufler/innen, freie Dienstnehmer/innen oder Gewerbetreibende etc. Dabei darf es keine Verlierer/innen geben. Es kann nicht sein, dass Entlastungen für eine Personengruppe durch zusätzliche Belastungen anderer Gruppen erkaufte werden. Ohne Leistungsträger wäre unser Wohlstand nicht finanzierbar. Zentrale Eckpunkte unserer Steuerpolitik beinhalten eine Entlastung von Familien mit Kindern, des Mittelstandes und der Unternehmer/innen, denn diese Menschen sind das Rückgrad unserer Gesellschaft.



Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich ist ein übergeordnetes Ziel unserer Wirtschaftspolitik. Die Höhe der Managergehälter muss diese internationale Konkurrenzfähigkeit gewährleisten: Zu niedrige Gehälter gefährden den Verbleib der besten Köpfe in österreichischen Unternehmen, zu hohe die Wettbewerbsfähigkeit. Es muss daher internationale Vergleichbarkeit der Gehälter gewährleistet sein und bleiben. Wenn Manager nicht die gewünschte Leistung erbringen, ist ein Tausch besser als schlechtere Bezahlung.



Die FPÖ vertritt die Meinung, dass Manager nicht anhand kurzfristiger Zielvorgaben entlohnt werden dürfen. Die Verträge sind an langfristige Ergebnisse mehrerer Jahre zu binden. Das würde nach unserer Ansicht zu einem Umdenken bei den Manager führen.



Viele Bürger sehen zu Recht – ohne Neid –, dass einige in unserer Gesellschaft durch Fleiss und Leistung Karriere machen. Damit rechtfertigen Vorstände oder auch ihre Aufsichtsräte zu Recht die Ansicht, dass mit außerordentlicher Verantwortung und Qualifikation in einer Spitzenposition, auch außerordentliche Gratifikationen ausbezahlt werden dürfen. Aus dieser Sicht ein klares „Nein“ zu einem gesetzlichen Eingriff in die derzeit unregelte Gestaltung von Spitzeneinkommen.

Einige Bürger kritisieren hingegen zu Recht, dass sich eine Minderheit von schwarzen Schafen, in den vergangenen Jahren über ihre Positionen durch selbstgenehmigte Gehaltserhöhungen, neben konzernweit durchgeführten Kostensenkungsprogrammen und meist damit verbundenen Mitarbeiterabbau, moralisch verwerflich verhalten haben. Das ist aber lange noch kein Grund, dass die Politik Managergehälter reglementieren soll.

Die Grünen

3,6



Die Grünen treten bei börsennotierten Gesellschaften für eine verpflichtende Offenlegung der Managergehälter im jährlichen Geschäftsbericht ein. Vorbild dazu ist die englische Gesetzgebung. Vergünstigungen über Gebühr bei Vertragsauflösung („Golden Handshake“), Prämien für Ziele, die nicht im langfristigen Interesse des Unternehmens liegen (etwa bei Übernahmen oder für die kurzfristige Erreichung von Kurszielen), sollen verboten werden. Ein Corporate Social Responsibility Codex soll erarbeitet werden, in dem unter anderem auch absolute Höchstwerte für Managergehälter festgelegt werden (etwa das 30-fache des Mindestgehalts, abhängig von Firmengröße und -branche). Betriebe, die sich freiwillig an diesen Codex binden, sollen steuerlich begünstigt werden. Damit wird deren positive Beitrag zur Volkswirtschaft honoriert.

BZÖ

2,5



Das BZÖ vertritt den Standpunkt, dass der Staat so wenig wie möglich regulierend eingreifen sollte. Dies gilt nicht nur für die Steuerpolitik, durch die die wirtschaftlichen Entscheidungen von Unternehmen so wenig wie möglich beeinflusst werden sollten, sondern auch für sonstige Bereiche. Unter diesem Blickwinkel erscheint in Betracht der österreichischen Wirtschaftslandschaft eine Regulierung von Managergehältern nicht angebracht. Das BZÖ sieht keine Anhaltspunkte dafür, dass die natürlichen, wirtschaftlichen Regulationsmechanismen nicht ausreichen und einen Eingriff in den Wettbewerb erforderlich machen. In diesem Zusammenhang ist auf den schon zu 4.) angeführten BZÖ-Standpunkt, dass sich Leistung (wieder) lohnen muss, hinzuweisen.

Managerbewertung Frage 5: Ranking nach Gesamtnote

ÖVP

1,7



LIF

2,4



BZÖ

2,5



SPÖ

2,5



FPÖ

2,7



Die Grünen

3,6

